

Tagesfragen.

Moldenhauers Dedungspläne haben kein gutes Echo gefunden. Nun ist es ja wohl allgemein so, daß Steuerentwürfe nicht mit Jubel begrüßt werden, daß sie vielmehr stets sehr kritisch aufgenommen werden und weit eher auf Ablehnung als auf Zustimmung stoßen. Aber in diesem Falle kommt den kritischen Äußerungen doch besondere Beachtung zu, weil ja das Kabinett Brüning, das diese Steuerbewilligungen fordert, keine gesicherte parlamentarische Basis hat. Die Kritik richtet sich vor allem gegen das „Reichshilfs“ getaufte Notopfer, durch das 300 Millionen Mark aufgebracht werden sollen. Von der „Reichshilfe“ betroffen werden alle Beamten, alle Angestellten in öffentlichen Diensten und alle Angestellten der Privatwirtschaft, die nicht beitragspflichtig für die Arbeitslosenversicherung sind, d. h. ein Monatseinkommen von über 700 Mark haben. Die „Reichshilfe“ wird nicht als Hundertertrag von dem steuerpflichtigen Einkommen erhoben, das durch Abzüge von dem Bruttoeinkommen festgesetzt wird, auch nicht von dem abzuführenden Steuerbetrag, sondern von dem Bruttoeinkommen selbst, d. h. auch die sozialen Abzüge usw. werden in die „Reichshilfe“ mit einbezogen. Von diesem Bruttoeinkommen fallen 4 Prozent Sondersteuer erhoben werden. Wir haben hier bereits unsere grundsätzliche Zustimmung zu dem von Stegerwald angeregten Notopfergeheimen zum Ausdruck gebracht. So wie diesem Gedanken aber jetzt das Kabinett Folge geleistet hat, sollte man die Vorlage aber doch nicht Gesetz werden lassen. Denn so ist sie doch von einer erheblichen Brutalität. Moldenhauer hat zwar in seinen Darlegungen vor der Presse erklärt, daß die Beamten der unteren Kategorien und besonders diejenigen mit kinderreichen Familien besondere Erleichterungen erfahren sollen. Hieran wird man also den Festbesoldeten ohne Kinder dem mit zwei und drei Kindern völlig gleichstellen. Denn als kinderreich sieht man bei uns ja erst den Familienvater mit vier und mehr Kindern an. Aber der Steuerrentner sollte doch bedenken, daß auch zwei und drei Kinder schon erhebliche Aufwendungen erfordern. Das also, B. ein Beamter oder Angestellter in öffentlichen Diensten ein Bruttoeinkommen aus Arbeit in Höhe von monatlich 400 Mark, so hat er davon außer der Einkommensteuer, die durch Abzug vom Gehalt eingezogen wird, noch eine Sondersteuer in Höhe von 16 Mark zu zahlen, gleichgültig, ob er ledig oder verheiratet ist, ob er kinderlos ist oder für ein, zwei oder drei Kinder zu sorgen hat. Das können wir nicht für richtig halten. Außerdem noch folgendes: Der Reichshilfsbeitrag muß wegen des Defizits der Arbeitslosenversicherung in Prozenten fast den doppelten Betrag des Beitrages ausbringen, den der Versicherungsbeitrag ausbringen hat. Denn dieser zahlt ja nur die Hälfte des künftig vereinbarten prozentigen Versicherungsbeitrages, da die andere Hälfte der Arbeitgeber zahlt. Hier denke man, um ein Beispiel zu wählen, an einem Beamten, der 200 Mark Gehalt hat. Es würde 8 Mark „Reichshilfe“ zahlen müssen. Der Arbeiter und Privatangestellte aber mit gleichem Einkommen hat für die Arbeitslosenversicherung nur 4,50 Mark zu entrichten. Solch ein Unterschied scheint uns nicht berechtigt zu sein. Allerdings ist nicht bekannt, ob nicht der Beamte mit 200 Mark Monatsgehalt noch zu der Kategorie gehört, für die der Reichshilfsbeitrag besonders erleichtertungen angekündigt hat. Aber es lassen sich ja auch noch andere Beispiele finden. Ein Angestellter in öffentlichen Diensten mit 300 Mark Gehalt monatlich würde 12 Mark „Reichshilfe“ zahlen müssen, ein Privatangestellter mit dem gleichen Gehalt dagegen ist versicherungspflichtig und würde, wenn der Beitrag auf 4 1/2 v. H. festgelegt wird, nur 6,75 Mark an Arbeitslosenversicherungsbeitrag von seinem Gehalt abzusetzen haben. Womit kann dieser Unterschied gerechtfertigt werden? Was nun das eingangs erwähnte ungünstige Echo anlangt, so ist es ja nicht weiter zu verwundern, daß die Beamtenorganisationen sich energig gegen die „Reichshilfe“ wenden, die sie zu etwa vier Fünfteln aufbringen sollen. Reichsfinanzminister Dr. Moldenhauer hat ja auch bereits offen erklärt, daß die Reichshilfe bei den Beamten in der Wirkung auf eine Erparnis in der Verwaltung herauslaufe und daß sie den Anfang zu einer allgemeinen Senkung der Gehälter darstellen solle. Mit solchem Gehaltsabbau sind die Beamten, nachdem sie vor zwei Jahren erst eine Aufbesserung ihrer Gehälter durchgesetzt haben, natürlich nicht einverstanden. Die Hoffnung auf eine allgemeine Preissenkung, die ebenfalls Moldenhauer unter Hinweis auf den Schließungsdruck der Gruppe Nord-West äußerte, wird offenbar wie in Arbeiter- und Angestelltenkreisen, so auch bei den Beamten nicht geteilt. Soweit die Kritik der Presse in Frage kommt, ist wohl am abschließendsten das Urteil der „Deutschen Tageszeitung“, die von einem absoluten Mangel schärfster Wideraufbauwillens spricht und das ganze Finanzprogramm als primitivste Valenarbeit bezeichnet, die ein erschreckendes Maß wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit und sozialpolitischer Einfaltigkeit in sich trage und in dieser Form ganz ungeeignet sei, die dauernde Gesundung der Finanzen und der Wirtschaft zu bringen.

Nientimp aus der Zentrums-
partei ausgeschlossen.

Beschluß der Bochumer Zentrums-
partei.

+ Bochum, 11. Juni.

Die zuständigen Instanzen der Bochumer Zentrums-
partei haben sich gestern Abend erneut mit dem Fall Nientimp befaßt. Nachdem Nientimp bisher auf alle Anfragen von Fraktion und Partei mit der Beteuerung seiner Unschuld geantwortet, die geforderte Klarstellung aber auf die gegen ihn vor der Öffentlichkeit erhobenen Beschuldigungen nicht gegeben hatte, war ihm eine letzte Frist, sich verantwort-
lich zu äußern und zu rechtfertigen, gestellt worden. Diese Frist ist gestern Abend abgelaufen. Da eine befriedigende Antwort nicht eingetroffen ist, haben die Instanzen, nachdem der Fraktionsvorsitzende noch einmal über die Bemühungen von Fraktion und Partei zur Klärung der Angelegenheit berichtet hatte, einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

Nachdem Nientimp die ihm zur Klarstellung der Öffentlichkeit gegen ihn erhobenen schweren Vorwürfe gestellte letzte Frist hat verstreichen lassen, wird er aus der Partei ausgeschlossen.

Die Versammlung wählte danach den Fraktions-
vorsitzenden, Proturien Schaefer, einstimmig zum Vorsitzenden der Partei.

Frist verstreichen lassen, obwohl er wußte, daß man ihn aus der Partei ausschließen werde, wenn er die geforderte Aufklärung verweigere. Die Bochumer Zentrums-
partei hat somit um die letzte bittende Konsequenz nicht umhin können. Sie hat dem Mann, der bis vor kurzem noch ihr vollstes Vertrauen besaß und ihr durch sein allem Anschein nach strafwürdiges Verhalten so schwere Enttäuschung bereitet hat, schließlich den Stuhl vor die Tür gesetzt. Es blieb ihr nichts anderes übrig. Aber wohl darf man sagen, daß Nientimp doch wohl so viel Charakter hätte besitzen sollen, ihr wenigstens diese peinliche Entscheidung zu ersparen. Er würde sich doch einen etwas besseren Abgang aus dem politischen Leben gesichert haben, wenn er aus eigenem Entschluß der Partei seine Mandate zur Verfügung gestellt hätte. Aber er hat sehr heftig gebrannt werden müssen, ehe er sich entschloß, auf die Kemer zu verzichten, die ihm das Bochumer Zentrum übertrug hatte, und das Reichstags-
mandat hat er sogar bis zur Stunde noch nicht niedergelegt. Es mag ja vielleicht sein, daß dieser Mangel an Entschlußkraft mit seinem körperlichen Zustand, der sehr ernst sein soll, zusammenhängt. Aber in den acht Wochen, die verstrichen sind, seitdem man mit ihm wegen der Vorwürfe zu verhandeln begonnen hat, hätte er doch den klaren Augenblick haben müssen, der ihm den Verzicht auf Amt und Würden abrang. Wie er sich hat denken können, daß er mit seiner Schweigekaskade um einem ihm günstigen Abschluß der Affäre gelangen würde, ist geradezu unerklärlich, und ersichtlich ist die Sturheit, die er den Bemühungen des Bochumer Zentrums, das wiederholt Vertrauensleute zu ihm gelangt ist, entgegenstellt. Auch die Zentrumsfraktion des Reichstags hat es nicht daran fehlen lassen, von ihm Aufklärung zu verlangen. Aber alle Mühe war umsonst. So blieb eben nichts mehr übrig, als alles Mögliche zu tun, um den Stuhl vor die Tür zu setzen, den das Verhalten Nientimps erforderte. Hieran wird sich natürlich auch die Reichstagsfraktion richten müssen. Auch sie wird nicht umhin können, Nientimp auszuschließen, falls er nicht, was ja immer noch möglich wäre, noch bis zur nächsten Woche seinen Abschied vom Reichstag nimmt.

Ungünstige Aussichten für die
Deckungsvorlagen.

Keine Anwendung des Artikels 48.

Von unserer Berliner Redaktion.

+ Berlin, 10. Juni. (Draht.)

Die politische Hochsommer-Saison wird Ende dieser Woche mit Ablauf des Fingstagsabends des Reichstages, der am Freitag wieder in Berlin eintritt, beginnen. Auch Reichswirtschaftsminister Dietrich hat sich soweit wieder durch seinen Kurzaufenthalt in Marienbad erholt, daß er Anfang der nächsten Woche nach Berlin zurückkehren kann. Der Reichs-
rat ist vom Reichskabinett ersucht worden, so schnell wie möglich zu den jüngsten Gesetzesvorlagen der Regierung Stellung zu nehmen. Es ist somit anzunehmen, daß der Reichstag, der am Montag nach seiner Fingstpaule turzum an die Erledigung der Vorlagen herangehen wird. Wie verlautet, befaßt sich der Reichsrat bereits am Samstag mit dem Obligationengesetz, das dann sofort an den Reichstag geht. Die Gesetze über das Deckungsprogramm, über die Arbeitslosenversicherung und über die Ausgaben-
senkung werden dann folgen. Zunächst wird es sich um die Entscheidung handeln, welche Gesetze noch vor der Sommerpause erledigt werden sollen. Die Reichsregierung hat, wie verlautet, den Wunsch, das Reichskabinett möge sowohl die Deckungsvorläge wie auch das Ausgabenentwurfgesetz noch vor der Sommer-
pause verabschieden. Das jedoch der Reichstag diesem Vorhaben wird Rechnung tragen können, muß dahingestellt bleiben, da es sich besonders bei dem Aus-
gabenentwurfgesetz um wichtige Fragen des

Beamtenrechts handelt, die verfassungsändernden Charakter tragen.

Während bei dem Obligationengesetz wohl kaum parlamentarische Schwierigkeiten aufzutreten werden, steht zu erwarten, daß um die Deckungsvorlagen, besonders um die Reichshilfe, womit das Notopfer der Beamten und Festbesoldeten gemeint ist, ein harter Kampf entbrennen wird. Es wird sogar stark bezweifelt, ob die Regierung sogar die Zustimmung aller Parteien rechnen kann, die hinter ihr stehen. Es liegt daher noch vollkommen im Dunkeln, woher die Regierung die erforderlichen Mehrheiten nehmen soll. Offiziell wurde von Regierungsseite erklärt, die Anwendung des Artikels 48 der Reichsverfassung solle bei den Deckungsvorlagen nicht in Frage kommen. Man hat im Schoße der Regierung offenbar eingesehen, daß das politische Machtmittel des Artikels 48 sich durch die förmliche Androhung rasch abnutzt und daß daher einen anderen Weg eingeschlagen. Einstweilen weiß in politischen Kreisen niemand, was geschehen wird. Von allen Seiten wurden die vom Reichsfinanz-
minister der Öffentlichkeit unterbreiteten Deckungsvorläge abgelehnt. Der Reichstag soll aber auch im Sommer nicht aufgelöst werden, denn es wäre eine höchst unangenehme Sache, mit Wahlparolen, die sich aus abgelehnten Deckungsvorlagen ergeben, in den Wahlkampf zu ziehen. Als wohl einziger Rettungsanker werden die zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern stattfindenden Verhandlungen gewertet. Gelingt es, hier eine Einigung zu erzielen, so dürfte auch die Voraus-
setzung für die große politische Einigung geschaffen sein.

Es kann nicht bezweifelt werden, daß dieser Entwurf der Not der Zeit Rechnung tragen will und versucht, Einsparungen an allen möglichen Stellen vorzunehmen. Trotzdem wird man es bedauern können, daß die Tätigkeit der Reichszentrale ein so jähes Ende finden soll. Nachdem in den ersten Nachkriegsjahren die Reichszentrale für Heimatdienst manchmal etwas eigenartige Sprünge und Methoden in ihrer sachlichen Aufklärungsarbeit anwandte, entwickelte sie sich in den letzten acht Jahren immer mehr zu einem überparteilichen Institut. Gewiß wurden auch hier noch manche Fehler gemacht, aber der Grundgedanke, dem der Heimatdienst dient, ist gesund und alle Parteien von den Deutschen Nationalen bis zu den Sozialdemokraten arbeiten an ihm aktiv mit. Tausende von ehrenamtlichen Mitarbeitern im Reich unterstützen die sachliche Aufklärungsarbeit der R. f. Z. Das Informationsmaterial, bestehend aus grundlegenden Richtlinien, Lehrbüchern und Rednermappen, befaßt sich mit der größten Objektivität; es will aufklären über die tatsächlichen Gegebenheiten, über Deutschlands Stellung in der Welt, über das Grenz- und Auslandsdeutschtum und ähnlich wichtige Fragen. Manchem Staatsbürger, dem Politik und Wirtschaft ein liebes Beschäftigungsfeld sind, ist so eine günstige Gelegenheit gegeben, sich ruhig und unbefangenen mit diesen Dingen zu befassen. Diese Arbeiten werden vertieft durch die zahlreichen „Staatspolitischen Lehrgänge“ und die „Staatsbürgerlichen Bildungstage“, die eine große Verbreitung gefunden haben und zu örtlichen Ereignissen geworden sind. Bei solchen Veranstaltungen kommen Angehörige aller Parteien zur gemeinsamen Beratung zusammen, um unter bewußter Zurückhaltung alles Trennenden mit sachkundigen Männern, die sich ehrenamtlich in den Dienst der Volksverbundenheit stellen, die großen Gegenwartsaufgaben, die uns alle angehen, zu besprechen. So hoffte man, die politische Atmosphäre mehr und mehr zu entspannen, zu größerer Sachlichkeit im politischen Kampf zu gelangen und die Machtstellung des Schlagwortes zu unterminieren. Daß das eine langwierige, harte Arbeit ist, ist verständlich; eine Arbeit, deren Früchte vielleicht erst nach einer Generation gepflückt werden können. Es scheint uns im parlamentarischen System aber auch notwendig zu sein, daß die Regierung eine Möglichkeit hat, ganz sachlich und ohne parteipolitische Entstellungen, wie sie bei allen Parteien vorzukommen können, den Inhalt ihres Willens in das Volk zu tragen; daß das ohne Zensur, gesehenen und nicht verheißt sich am Rande; daß das auch ohne Zensur im allgemeinen geschah, ist nicht nur ein Verdienst des Verwaltungsapparates, sondern auch eines aus allen Parteien bestehenden parlamentarischen Rates. Und so vermögen wir ein gewisses Bedauern nicht zu unterdrücken, daß man mit der R. f. Z. Schluss machen will. Der Gesamtetat des Reiches beträgt mehrere Milliarden. Der Gesamtetat der Reichszentrale für Heimatdienst für 1930 beträgt 1 228 600 Mark; davon entfallen 435 000 Mark auf Sachausgaben und 793 600 Mark auf Löhne und Gehälter. Viel Staat kann man mit der Aufhebung der R. f. Z. also nicht machen; die ersparte Summe fällt nicht ins Gewicht. Wenn man keine größeren Ersparnisse, die mehr ins Gewicht fallen, machen kann — und das muß es sich schon um einige Hundert Millionen handeln — dann ist es schade, daß die R. f. Z. verschwindet, ohne daß sie dadurch zur Sanierung der Reichsfinanzen mitwirken kann. Wir möchten hoffen, daß das Kabinett und der Reichstag ernstlich die Frage überprüfen, ob sie dem Referentenentwurf auch in dieser Frage, zustimmen sollen oder nicht.

Daß die Kleinststaaten nicht immer die billigste Verwaltung haben, ist schon oft bemerkt worden. Wie weit sie der „Bürokratie“ verfallen sind, zeigen die Verhältnisse in Mendenburg-Strelitz, die der Pippische Landtag gelegentlich seiner Sitzungsberatungen besprach — vielleicht, um einen Beweis für die Billigkeit und Einfachheit der eigenen Verwaltung zu erbringen. Mendenburg-Strelitz hat 100 000 Einwohner. Sein Landtag kostet jährlich die Kleinigkeit von 90 398 Mark. Der Präsident des Landtags bezieht eine Aufwandsentschädigung von 500 Mark monatlich. Das Landtagsbüro hat einen hauptamtlichen Landtagsdirektor, einen Oberinspektor und einen Amtsobergehilfen. In der allgemeinen Staatsverwaltung sind 12 Ministerialräte beschäftigt; es entfällt also auf 8800 Einwohner ein Ministerialrat! Daß das „Rechnungsprüfungsamt“ sogar 35 Beamte hat, kann nach diesen Zahlen nicht verwundern.

Straßenkämpfe zwischen Irländern
in London.

London, 10. Juni. Den Blättern zufolge kam es gestern (9.) Abends infolge von Meinungsverschiedenheiten über eine sportliche Veranstaltung, an der Mannschaften aus den irischen Grafschaften Dublin und Cork teilgenommen hatten, im Südosten Londons vor einem Hotel zu einer wilden Schlägerei zwischen 500 Irländern. Die Polizei mußte zweimal mit dem Gummiknüppel vorgehen. Drei Polizisten wurden verletzt, zwei Zivilisten mußten ins Krankenhaus gebracht werden; außerdem hatten zahlreiche Teilnehmer an dem Kampf Verletzungen wie Schnittwunden, Quetschungen und vergifteten Erfolge, da außer Spazierstöcken und Regenschirmen auch Trümpfen reichlich als Waffen benutzt wurden. Es wurden etwa 200 Gläser zerbrochen. Sieben Männer wurden verhaftet.



WESTFALIA
Verein für kath. Kaufleute
und Beamte, Bocholt.
Heute Mittwoch abend
Ausflug
zur **Kreuzkapelle**
dortselbst
Konzert.

Omnibus fährt 10 vor 8 Uhr ab Markt.
Fußgänger: Treffpunkt 8 Uhr am Kreuz
bei Wiffing.
Radfahrer: Treffpunkt 8.15 Uhr am Kreuz
bei Wiffing.
Wir bitten unsere Mitglieder mit Damen
vollständig daran teilnehmen.
Der Vorstand.

f. C. Olympia e. V.
Freitag, den 13. Juni, abends 8 Uhr:
Jahres-Hauptversammlung
Tagesordnung laut Satzungen.
Der Vorstand.

Bekanntmachung.
Die Sprechstunde der Rungenfürsorgestelle
der Stadt Bocholt fällt am Mittwoch, dem
11. Juni 1930 infolge Verhinderung des
Fürsorgearztes aus.
Die nächste Sprechstunde findet statt am
Mittwoch, dem 18. Juni 1930, nachmittags
um 4 Uhr, im St. Agnes-Hospital, Unter-
suchungszimmer oben.
Bocholt, den 6. Juni 1930.
Der Oberbürgermeister.

Bekanntmachung.
Die Hebelste über die Verteilung der
Beiträge zur Aufbringung der Viehsteu-
erentwässerungen für das Rechnungsjahr 1929
liegt vom Mittwoch, dem 11. Juni 1930 ab
14 Tage lang im Verwaltungsgebäude,
Realschulstraße 2, Zimmer Nr. 17, zur Ein-
sicht der Beteiligten offen. Anträge auf Be-
richtigung des Verzeichnisses sind spätestens
binnen 10 Tagen nach Ablauf der Aus-
legungsfrist an den Unterzeichneten zu
richten.
Bocholt, den 10. Juni 1930.
Der Oberbürgermeister.

Verdingung.
Folgende Arbeiten und Lieferungen zum
Neubau des städtischen Gymnasiums sollen
vergeben werden:
Los 1: Parkettfußböden.
Los 2: Sonstige Fußboden- und
Schreinerarbeiten.
Zeichnungen und Bedingungen liegen im
städtischen Hochbauamt, Verwaltungsgebäude
Realschulstraße, Zimmer Nr. 40, zur Einsicht-
nahme aus. Dasselbe sind Angebotsformulare
gegen Zahlung einer Gebühr von 2,- RM,
die bei Abgabe eines ordnungsmäßigen An-
gebotes zurückzuerstattet wird, zu haben. Die
Stadtverwaltung behält sich freie Wahl unter
den Anbietern vor und bindet sich nicht an
ein Mindestgebot.
Verschlossene, mit entsprechender Aufschrift
versehene Angebote sind bis spätestens zum
18. Juni 1930, 11 Uhr,
auf obgenanntem Dienststelle abzugeben. Die
Öffnung der Angebote findet daselbst im
Gegenwart etwa erschienener Anbieter statt.
Bocholt, den 4. Juni 1930.
Der Oberbürgermeister.

BORKEN
Viehsteuervollzieherische Anordnung.
Zum Schutze gegen die Maul- und Klauen-
seuche wird auf Grund der §§ 18 ff. des
Viehsteuergesetzes vom 26. Juni 1909 (R.
G. Bl. S. 519) folgendes bestimmt:
§ 1.
Es wird die Sperre verhängt über das
versehrte Gebiet des Landwirts Bernhard
Groß-Thebing in Rheidebrügge, Haus Nr. 32,
sowie über das Gebiet, das umschlossen wird:
von dem Wege, der von der Gemeinde-
schulze Rheidebrügge — Homer abzweigt und
zwischen den Gehöften Klein-Thebing und
Müllend in Rheidebrügge hindurchführt bis
zur Gemeindegrenze Crommert; von der Ge-
meindegrenze Crommert bis zu dem Land-
wirts J. J. J. Rheidebrügge; von dem Wägen-
weg, der bis zur Gemeindegrenze in der
Nähe des Gehöftes Döring, Crommert;
von dem hier abgewinkelten Wege bis zur
Gemeindegrenze, die östlich des Gutes Kalks,
Crommert liegt; von dem Feldweg zwischen
den Gehöften Döring und Wägenweg, Crom-
mert, hindurch bis zum Schlackenweg; von
dem Schlackenweg und dessen Verlängerung
bis zur Gemeindegrenze, die südlich des Ge-
höftes Kalkemann, Rheidebrügge, liegt; von
dem Feldweg, an dem Gehöft Kalkemann
vorbei bis zu den Gehöften Anschlag und
Stegemann, Rheidebrügge; von dem Wege
bis zum Gehöft Klein-Thebing in Rheide-
brügge.
§ 2.
Für das oben bezeichnete Sperrgebiet gel-
ten die Vorschriften des § 2 meiner vieh-
steuervollzieherischen Anordnung vom 6. Mai
1930 (Bocholter Zeitung vom 8. Mai 1930,
Nr. 127).
§ 3.
Vorstehende Anordnung tritt sofort in Kraft.
Borken, den 5. Juni 1930.
Der Landrat.

LIEDERN-WERTH
Bekanntmachung
Die Verzeichnisse über die Aufbringung
der Beiträge zum Viehsteuervollzieherischen
Fonds für 1930 sämtlicher Gemeinden des
Amtes Liedern-Werth liegen vom 11. Juni
ds. Js. ab 14 Tage lang zur Einsicht der
Beteiligten im hiesigen Amtshaus, Zimmer
Nr. 2, offen.
Anträge auf Berichtigung der Verzeichnisse
sind von den Beitragspflichtigen spätestens
binnen 10 Tagen nach der Aus-
legungsfrist bei dem Unterzeichneten geltend
zu machen.
Bocholt, den 8. Juni 1930.
Der Bürgermeister: Blume.

Capitol-Theater

Restlos begeistert ist die Presse der ganzen Welt
Restlos begeistert sind auch unsere Besucher
Nur noch 2 Tage
Mittwoch, Donnerstag,
von dem großen Frankfilm



Der Günstling von Schönbrunn

mit Ivan Petrovich und Lil Dagover
8 Akte von Liebe, Majestät und dem Leben und Treiben
im goldenen Wien.
Zwei Frauen — Maria Theresia und ihre Hofdame, — zwei
Männer — Kaiser Franz und der Pandurenbaron Trenck,
zwischen ihnen Liebe, Eifersucht, Verfolgung und Kampf —
ein Film von größter Spannung.
In der weiteren Besetzung: Vera Malinowkaja, Henry Stuart,
Curt Vespermann und Jack Mylong Mühl.
Eine Handlung, die alle angeht, voll von dramatischen Effekten
ist unser zweiter Film



Frauen am Abgrund

Ein Film der großen Abenteuer und der großen Liebe in
7 Akten mit Elsa Brink und Livi Pavanelli in der Hauptrolle.
Eines der packendsten Filmwerke der Zeit — ein zartes,
erstes Lied vom Glück und Weh des Menschenherzens.
Außerdem das tolle Lustspiel
Baby zieht um
Eine tolle Angelegenheit in 2 Akten und der
interessante Lehrfilm
Rohrvanderung.

Gras-Verkauf.
Am Freitag, dem 13. ds. Mts., vormittags
9 Uhr anfangend, sollen für die Erben
Rüden, im Dingener Becken (4177)
ca. 1400 Ruthen Heuergas
alsdann auf Stämmen und Eichenstoch
ca. 8000 Ruthen Heuergas
meistbietend auf Kredit verkauft werden.
Dingden. W. Ritters.

Generalversammlung
der
Mollerei Rheide
e. G. m. b. H.
findet am Freitag, dem 13. Juni, nach-
mittags 4 Uhr, im Rößlingschen Saale statt.
Tagesordnung:
1. Geschäfts- und Revisionsbericht.
2. Berichterstattung der Bilanz per 1929; Geneh-
migung derselben und Entlastung des
Vorstandes.
3. Wahl von Mitgliedern des Vorstandes
und Aufsichtsrates.
4. Antrag auf Veränderung der Satzungen.
5. Verschiedenes.
Der Aufsichtsrat:
Heinrich Overkamp.
Der Vorstand:
Lehrbrügge, Wiffing, Buß.

Einladung
zu einer
öffentlichen Sitzung der
Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, den 12. Juni 1930,
um 18 1/2 Uhr, im Rathhausgale.
Tagesordnung:
1. Einführung des neugewählten Beige-
ordneten.
2. Mitteilungen.
3. Festsetzung des Haushaltsplanes für das
Rechnungsjahr 1930 und Beschlussfassung
über die Höhe der Realsteuerauslässe.
4. Beschluss über die Satzung zur Erhebung
von Berufsbeiträgen für die Re-
chnungsjahre 1928, 1929 und 1930.
5. Wiederbelebung der ruhenden Feststelle
an der katholischen Schule.
6. Wahl von Beisitzern und Stellvertretern
zum Wirtschaftsausschuss.
7. Geheimnis.
Jiffelburg, den 8. Juni 1930.
Der Bürgermeister: Schönschede.

Generalvertretung frei!
Es handelt sich um einen Artikel, der von
allen Geschäftsständen und vielen Behörden
täglich in großen Mengen verbraucht wird.
Da eventl. Lagerübernahme in Frage kommt,
werden absehbare Interessenten, die sich über
bisherige Verkaufsverhältnisse ausweisen können,
bevorzugt. 100-300 RM. bar erforderlich für
Kassaauslieferungslager.
Offerten unter Nr. 4182 an die Geschäfts-
stelle ds. Bf. erbeten.

Autofur

2726
Tag und Nacht
Beter Küppers
Schanze 30. (1863)

Uppigen Blumenflor
und kräft. Gedächtnis
der Pflanzen bewirkt
mein
**Blumen-
dünger**
Preis 50 Pfg.
Drogerie Bruns
Nordstr. 22

**Elektro-Lux-
Staubsauger,**
Hochfrequenz-
Heilapparat,
Bügeleisen u. andere
Elektrogeräte, da kein
Stromanschluß, preis-
wert zu verkaufen.
Bergbahn, Biegel-
heide 83, gegenüber
den Tonwerken.
Eine Barie

Heugras
Nähe der Stadt, zu
verkaufen.
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bf.
5-6 Wochen alte

Schweine
hat zu verkaufen.
Kraus Gebind,
Holt.
Welcher Lastwagen
nimmt laufend
Eisenblech im Stüd-
gewicht von 10 Kilo-
gramm nach Dortmund-
Hagen? (4161)
Eisenblecherei und
Maschinenfabrik
Emit Hülvershorn,
Bocholt i. W. Tel. 2450

**Konfektions-
Näherinnen**
sowie
Modnäherin
für dauernde Be-
schäftigung sofort
gesucht.
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bf.

Vertreter
gesucht,
für einen leicht ver-
käuflichen, patentierten
Artikel. Näheres:
Höing, Schanze 31.

60 M. Wochentohn
oder allerhöchste Pro-
vision erhält jeder,
der den Verkauf mei-
ner Fabrikate an Pri-
vate übernimmt. Auch
für Damen geeignet.
2. Rißner,
Wetterburg.

Zunge
zu sofort (1894)
von 16-18 Jahren
gesucht, der gut
messen kann.
Josef Kuhl, Ober-
schweizer b. Wenning,
Mittels.

Calé
Lokal, 5 Räume, 2 Toi-
letten, — lässige Lage
für Konditorei-Café, zum
1. August
zu vermieten.
A. Flügge, Wesel

Wohnung
mit Garten und
großem Anbau
als Werkstatt
geeignet, in d. Nähe
der Stadt, zu ver-
mieten.
Näheres in der Ge-
schäftsstelle ds. Bf.

Schöne
Oberwohnung
Nordallee — Neubau
(3 Zimmer, Küche,
1 Bad, u. Keller)
sofort oder später
zu vermieten.
Angebote erbeten unt.
Nr. 4186 an die Ge-
schäftsstelle ds. Bf.

Möbliertes
Zimmer
mit od. ohne Pension
in bestem Hause zu
vermieten.
Wo ist zu erfragen
in der Geschäftsstelle
ds. Bf.



Rama im Blauband

doppelt so gut
1 Pf 50 Pfg.
mit Garantie Zeichen für frische Qualität

Gebt den Kindern
öfter Kuchen!
„Rama im Blauband“, eine Margarine edelster Qualität, verbilligt
das Kuchenbacken wesentlich, ohne auch nur im geringsten den
Feingeschmack zu beeinträchtigen. Seht nur der Kleinen Ungeduld:
Wäre der Kuchen mit der teuersten Tafelbutter gebacken,
besser könnte er nicht munden!

RHEDE
Bekanntmachung
Die Beitragslisten über den abgabepflichti-
gen Viehbestand der Gemeinden des Amtes
Rheide für das Rechnungsjahr 1930 liegen
vom 11. Juni ds. Js. ab im Amtshaus
(Zimmer Nr. 4) während der Dienststunden
14 Tage zur Einsicht offen. (4186)
Anträge auf Berichtigung der Beitrags-
listen sind spätestens 10 Tage nach Ablauf
der Auslegungsfrist bei dem Unterzeichneten
anzubringen.
Rheide, den 7. Juni 1930.
Der Bürgermeister: Dörner.

ISSELBURG
Bekanntmachung
Gemäß § 8 des Gemeindeförderungsgesetzes wird
anstelle des durch Tod ausgeschiedenen Stadt-
verordneten Herrn Kaufmann Joh. Schmitt
der Landwirt Theodor Dymann als Stadt-
verordneter berufen. (4180)
Gegen diese Festsetzung kann innerhalb
2 Wochen Einspruch bei dem Unterzeichneten
erhoben werden.
Isselburg, den 7. Juni 1930.
Der Bürgermeister und Gemeindevorstand:
Schönschede.

Rontorist (in)
welcher flott und sicher rechnen kann.
Mollerei Dinnden.

Calé
Lokal, 5 Räume, 2 Toi-
letten, — lässige Lage
für Konditorei-Café, zum
1. August
zu vermieten.
A. Flügge, Wesel

Hölzer
aller Art, für Baubedarf
und Möbel sowie
Sperrholz.
Johann Wilm,
Holz- u. Baumaterial,
Kaiser-Friedrichstraße,
Telefon 2124.

Zuckerkrankhe
Wie Sie ohne das nützliche Hungern
außer Acht werden können, sagt jedem
unentgeltlich Ph. Margari, Wies-
baden, Rüdertstr. 239.

Sie gehört
zu Ihnen -
Die formenschoöne elegante
Taschenuhr ist es, die Sie
haben müssen — sie allein
gehört zum Gesellschafts-
zug und läßt Ihnen gutes
Geschmack erkennen.
Wählen Sie eine Alpina Uhr
— der anerkannte Ruf dieser Uhren verbürgt
Ihren Ganggenauigkeit, Formenschoönheit!
A. BAUHUIS, BOCHOLT
Kirchstr. 25. Tel. 3381.
VERKAUFSSTELLE DER ALPINA-
GRUENGLIDEUHRENFABRIKEN.

Rheider
Dagungspreis: 1,50
Kreistblatt d.
Stadtfreies Bo.
Amtlicher Ange-
der Landratsan-
von Bürgermei-
stern und Am-
des Kreises Bo.
Organ
der Zeitungsp.
Nummer
To
Der deut-
Herr von B.
Wörbers zum D.
tuge Dienst ver-
fähigen Diplom-
fönderen Gaben
in höheren Stell-
Als Gefandtschaft
ausgezeichnet, de-
Griechenlands be-
auch die neugie-
herrschaft erlern-
Itali fühlte er sich
unmittelbar ange-
Fleisch führten ihn
war, zu herbor-
wurde er Gefand-
Wörterbüchern ge-
Hintergründe hat
sich offenbar um
Aus den Be-
schen Unter-
den Grenz-
ergibt sich, daß
aufsteht, daß al-
Liebt nichts über-
schen und der p-
zu stellen und die
Latzbestandes abzu-
empfiehlt sich zu-
Logische Zusammen-
polnische Bericht
eines Wladibers
plausibel gemacht
stimmen darin, ü-
sicheren Weg-
schen Reichsange-
Einkaufsbeamten
sässig war, mit
Stuttich in Mo-
daß Jude die No-
und in deutschem
Spionage oder Ge-
habe. Nach den
Jubels eigener Be-
schen Grenzbeamten
zu spionieren, um
polnische Staats-
sich Jude, der je-
durch seine Ausga-
amten überreinstim-
hat, dürften seine
würdigkeit be-
eigentlich wirklich
deutsche oder für d-
nicht ganz klar g-
nur darum zu tun
Heimatlande, bei
Nummer zu ver-
reichen zu entgegen-
typisch für das tra-
gebiet bestimmet
zwischen den beider-
die deutschen Beam-
kommissar Stutlich
Kriminalkommissar
Bemühungen Jubels
Stutlich eine Zulau-
schen Grenzbeamten
wünschte Material
nicht beschaupt,
wissenschaftlich zu
die deutschen Beam-
Auch darüber, wer
sich die beiden Be-
Seite geschossen wur-
der drei aus dem
amten drei Schüsse
— das läßt sich je-
polnische Protest, de-
fall bereits in Ver-
Latzbestand einwan-
weist die deutsche P-
brachte polnische Be-
die deutschen Beamten
kein Zweifel. Aber
„Was war der Effect
die Feststellung, daß
gibt. Das wußte man
mühen ist den Be-
worden. Die Fra-
dieses Ergebnis um-
sicherung der
Wohl kaum! Des-
die beiden deut-
Angelegenheit nicht
hätten die politisch
Rate gezogen,
abwägen verstanden
worden?“ In jeden